

Medienmitteilung

Endlich: Der Regierungsrat präsentiert das Projekt zur Reform der kantonalen Direktionen.

Der Regierungsrat meint es ernst und lässt den Worten nun endlich Taten folgen. Die Stossrichtung der Reform ist absolut richtig und erfreulich.

Der Regierungsrat hat die Arbeiten am Projekt Direktionsreform (UDR) abgeschlossen und schlägt zuhanden der neuen Regierung zwei mögliche Modelle zur Umsetzung vor. Die neue Regierung wird nun die beiden vorgeschlagenen Modelle zu beurteilen haben. Es ist wichtig, dass das künftige Modell sowohl für die Regierung wie auch verwaltungsintern Sinn macht. Es muss eine logische Zusammenstellung und Zuteilung der Arbeiten und Aufgaben in Verwaltung angestrebt werden.

Es muss aber auch Ziel sein, dass die Bürgerinnen und Bürger die Reform wahrnehmen, eine „Bürgernähe“ entsteht. Es müssen klare Zuständigkeiten ersichtlich sein, Doppelspurigkeiten müssen abgebaut werden und der administrative Aufwand soll verkleinert werden. Dazu eignet sich das vorgeschlagene Modell 2 der Regierung aus Sicht der BDP wohl besser. Gerade das ganze Baubewilligungsverfahren könnte mit dem Modell 2 optimaler ausgestaltet werden, da nur noch eine Direktion involviert ist.

Die eigentliche Motionsforderung, die GEF aufzuteilen und die JGK zu optimieren, kann mit den vorliegenden Modellen nicht erfüllt werden. Es zeigt sich aber, dass der Regierungsrat wie angekündigt die Reform über alle Direktionen überprüft hat und gewillt ist, die Neueinteilung der Direktionen gesamtheitlich anzugehen.

Dass der Regierungsrat zudem die eigenen Kompetenzen bei der Organisation der kantonalen Verwaltung erhöhen will, macht vor dem Hintergrund der Reform ebenfalls Sinn. Künftige Optimierungen sollen rascher und gezielter umgesetzt werden können, als es heute der Fall ist. Der Grosse Rat soll via Budget die Personalkosten festlegen und mit den Stellenplänen einwirken können. Es darf nicht sein, dass im Zuge der Reform die Verwaltung ausgebaut wird. Das wäre nicht im Sinn der Motionäre der verlangten Neueinteilung der Direktionen. Zudem gilt es noch die überwiesene Motion Kipfer umzusetzen, welche einen Stellenabbau fordert.

Auskunft:

Anita Luginbühl, Fraktionspräsidentin
078 756 02 52

05.04.2018